

## Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingbracht am 02.09.2025, 08:49:51

**Landtagsabgeordnete(r):** LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne)

**Fraktion(en):** Grüne

**Zuständiger Ausschuss:** Soziales

**Regierungsmitglied(er):** Landesrat Mag. Hannes Amesbauer, BA

### Betreff:

***Kinderarmut aktiv bekämpfen statt Zerstörung des sozialen Netzes – Für die Einführung einer Kindergrundsicherung***

Armut in der Kindheit prägt das gesamte weitere Leben. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben ein deutlich höheres Risiko, gesundheitlich beeinträchtigt zu sein, Bildungswege nicht erfolgreich abzuschließen und später selbst in Armut zu geraten. In der Steiermark sind laut den aktuellsten EU-SILC-Daten für das Jahr 2024 rund 18 % aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 24 Jahre armuts- oder ausgrenzungsgefährdet – das entspricht etwa 41.000 jungen Menschen. Aus den Daten der Statistik Austria für das Jahr 2023 geht zudem hervor, dass 36,8 % der Sozialunterstützungsbezieher:innen in der Steiermark Kinder waren.

Bereits im Jahr 2023 wurde von der damaligen Bundesregierung der „Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Garantie für Kinder“ beschlossen. Sein Ziel ist es, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Kinder in Österreich bis 2030 zu halbieren. Im aktuellen Regierungsprogramm findet sich dazu die Einführung einer Kindergrundsicherung in zwei Säulen: Einerseits der Ausbau von Sachleistungen und kindgerechter sozialer Infrastruktur, andererseits die Weiterentwicklung und Optimierung bestehender Transferleistungen. Darüber hinaus ist eine Reform der Sozialhilfe vorgesehen, die das bestehende Sozialhilfe-Grundsatzgesetz überarbeiten soll.

Unabhängig von diesen geplanten bundesweiten Reformen hat auch die Steiermärkische Landesregierung in ihrem Regierungsprogramm eine Novelle des Sozialunterstützungsgesetzes angekündigt. Ein entsprechender Entwurf des zuständigen Landesrates befindet sich bereits in Abstimmung mit dem Koalitionspartner ([kleinezeitung.at](https://kleinezeitung.at), [Hakelzieh'n](#), 17.08.2025). Das Regierungsprogramm von FPÖ und ÖVP enthält jedoch explizit keine Zielsetzung zur (Kinder-) Armutsbekämpfung. Stattdessen werden unter der Überschrift „Fairness für hart arbeitende Landsleute“ Maßnahmen wie die Kürzung von Höchstsätzen für kinderreiche Familien oder die Überprüfung der Entkoppelung vom Ausgleichszulagenrichtsatz angekündigt. Laut Landesrat Amesbauer strebt die Landesregierung das „strengste Sozialhilfegesetz aller Bundesländer“ an. Durch Kürzungen bei kinderreichen Familien werden Einsparungen im Millionenbereich erwartet ([kleinezeitung.at](https://kleinezeitung.at), [Sozialhilfe-Reform: Land Steiermark kürzt Großfamilien in Asyl die Unterstützung](#), 27.05.2025).

Anstatt auf die alarmierende Zahl von über 40.000 armuts- und ausgrenzungsgefährdeten jungen Menschen zu reagieren, verschärft die Landesregierung damit die soziale Not von Familien in der

Steiermark und zementiert Kinderarmut. Ziel dieser Reform ist es nicht, das soziale Sicherungsnetz zu stärken, sondern Sozialabbau zu betreiben – unter Schaffung des Feindbildes kinderreicher ausländischer Familien.

Die Einführung einer bundesweiten Kindergrundsicherung ist hingegen ein notwendiger Schritt, um Kindern unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern faire Chancen zu eröffnen. Sie bündelt bestehende Familien- und Sozialleistungen, richtet diese treffsicherer aus und umfasst sowohl finanzielle Unterstützung als auch Sachleistungen wie kostenfreie Kinderbetreuung, Schulmaterialien oder ein gesundes Mittagessen in der Schule.

Eine Kindergrundsicherung würde sicherstellen, dass kein Kind in Österreich unter das Existenzminimum fällt. Sie würde Kinderarmut wirksam reduzieren, soziale Ausgrenzung verhindern, Chancengerechtigkeit stärken und langfristig auch die Kosten für das Sozialsystem senken. Gerade in einer Zeit multipler Krisen – von Teuerung bis Wohnkostenexplosion – braucht es keine Kürzungen, sondern eine offensive Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Es wird daher der

### **Antrag**

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert,

1. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die Einführung einer bundesweiten Kindergrundsicherung sicherzustellen;
2. in diesem Zusammenhang auf die Sicherung und Weiterentwicklung von Sachleistungen wie kostenfreie Kinderbetreuung, Lern- und Freizeitangebote sowie Schulmahlzeiten zu drängen; sowie
3. sich gegen Kürzungen von Höchstsätzen für kinderreiche Familien auszusprechen und stattdessen gezielte Maßnahmen gegen Kinderarmut zu ergreifen.

### **Unterschrift(en):**

LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne)